

IS-VERBRECHEN BEIM NAMEN NENNEN – EUROPAPARLAMENT DISKUTIERT VÖLKERMORDFRAGE

20th January 2016

STRASSBURG, Frankreich (ADF INTERNATIONAL): Am 20. Januar 2016 wird die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini in einer Stellungnahme vor dem Europäischen Parlament die Lage verfolgter Christen im Nahen Osten adressieren. In der ersten Februarwoche wird das Parlament über eine Resolution zum systematischen Massenmord von Christen und anderen religiösen Minderheiten durch Mitglieder des „Islamischen Staates“ in Syrien und Irak abstimmen.

„Wir freuen uns, dass Frau Mogherini und die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Situation der Christen im Nahen Osten diskutieren und fordern die systematischen Gräueltaten gegen religiöse Minderheiten beim Namen zu nennen: Es handelt sich tatsächlich um Völkermord“, so Sophia Kuby, Menschenrechtsexpertin und Leiterin des Brüsseler Büros von ADF International. „Christen im Irak und in Syrien warten dringend auf eine solche internationale Anerkennung, um die Welt aufzurütteln.. Wir dürfen nicht länger wegsehen. Im Gegensatz zu anderen, diplomatischen Bezeichnungen wie „systematischer Massenmord“, ist Genozid ein international anerkannter juristischer Begriff. Daraus könnten dann weitere Schritte wie etwa eine Resolution des UN-Sicherheitsrates und eine Weiterleitung an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag folgen..

Klare Kriterien für Genozid

Das internationale Recht kennt klare Kriterien für die Anwendung des Begriffs „Genozid“. Laut UN-Völkermordkonvention von 1948 fallen darunter Handlungen, die darauf abzielen, „ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Zu solchen Handlungen zählen etwa „die Tötung von Mitgliedern der Gruppe, die Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden oder vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“.

Die Zahl der Christen hat sich in den vergangenen vier Jahren in Syrien von 1,25 Millionen auf 500.000 und im Irak von 1,4 Millionen auf weniger als 275.000 dezimiert. „Alle nötigen Kriterien sind erfüllt, um offiziell von einem Genozid zu sprechen. Das zu leugnen, verstärkt das Leiden der Menschen vor Ort“, so Kuby.